

25.01.2012 / Schwerpunkt / Seite 3

»Burnout wird zur Volkskrankheit«

IG Metall sieht dramatische Zunahme psychischer Erkrankungen in Zusammenhang mit verschärftem Arbeitsdruck. Ein Gespräch mit Hans-Jürgen Urban

Daniel Behruzi

Hans-Jürgen Urban ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, zuständig für Gesundheitsschutz und Arbeitsgestaltung sowie für Sozialpolitik

Seit der Erkrankung des Schalke-Trainers Ralf Rangnick ist das sogenannte Burnout-Syndrom in aller Munde. Was hat es damit auf sich?

Das Burnout-Syndrom entwickelt sich offenkundig zu einer für die Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts charakteristischen Volkskrankheit, die nach unserer Auffassung mit der Zunahme arbeitsbedingten Stresses und des Leistungsdrucks eng zusammenhängt. Nach Angaben des Wissenschaftlichen Instituts der AOK sind die Fehlzeiten durch Burnout zwischen 2004 und 2010 nahezu um das Neunfache gestiegen. Knapp 100000 Menschen mit insgesamt mehr als 1,8 Millionen Fehltagen wurden von der AOK 2010 erfaßt.

Erkrankungsfälle wie die des Schalke-Trainers haben dabei eine besondere Resonanz in den Medien hervorgerufen. Den dadurch entstandenen Eindruck, als handele es sich beim Burnout-Syndrom vor allem um ein Prominentenschicksal, haben wir durch eine Befragung von Betriebsräten korrigiert. Die Ergebnisse zeigen: In den Unternehmen des Organisationsbereichs der IG Metall ist eine starke Zunahme psychischer Erkrankungen und von Burnout-Fällen festzustellen. Das gilt für Fabrikhallen, Werkstätten und Büros gleichermaßen.

Nehmen psychische Erkrankungen tatsächlich zu, oder werden diese wegen der größeren Sensibilität nur vermehrt diagnostiziert?

Beides trifft zu. Wie ausgeführt belegen die Angaben der Krankenkassen einen tatsächlichen Anstieg. Verändert hat sich allerdings auch das ärztliche Diagnoseverhalten. Burnout wird von Ärzten zunehmend als Zusatzinformation angegeben.

Die Gründe für psychische Erkrankungen sind vielfältig. Ist ein direkter Zusammenhang zu schlechten Arbeitsbedingungen nachweisbar?

Das Wissenschaftliche Institut der AOK betont in seiner Auswertung der Burnout-Fälle, daß »insbesondere die gestiegenen psychosozialen Belastungen am Arbeitsplatz als Ursache benannt werden« können. Dies sehen wir auch so. Zu nennen sind hier vor allem hohe Arbeitsintensität, lange und unplanbare Arbeitszeiten, mehr Schicht- und Nachtarbeit, Arbeitsplatzunsicherheit, mangelnde Anerkennung und permanente Restrukturierungen, die diesen negativen Trend noch verstärken. Immer mehr Beschäftigte sind überfordert, leiden unter chronischer Ermüdung bis hin zum Burnout.

Sie sprechen von einer »Schutzlücke bei psychischen Belastungen«. Was ist damit gemeint?

Wenn wir uns die Struktur des deutschen Arbeitsschutzrechts anschauen, so sehen wir, daß der Gesetzgeber den Bereich der psychosozialen Gesundheitsrisiken am Arbeitsplatz nahezu unreguliert den betrieblichen Akteuren überläßt. In anderen Gefährdungsbereichen ist das ganz anders: Hier wird das Arbeitsschutzgesetz durch zahlreiche untergesetzliche Verordnungen konkretisiert, und in diesen finden sich viele Anforderungen an die Arbeitgeber, etwa wie eine Arbeitsstätte zu gestalten ist, wie laut es am Arbeitsplatz sein darf oder wie die Beschäftigten vor Gefahrstoffen zu schützen sind. Nur auf dem Gebiet der psychosozialen Gefährdungen gibt es keine solche Struktur. Und entsprechend gering sehen sich die Arbeitgeber in der Pflicht. Oft genug bekämpfen sie sogar Initiativen von Betriebsräten, die in diesem Bereich etwas unternehmen wollen.

Und so wird eine ungünstige Kausalkette in Gang gesetzt: Dem Regelungsdefizit folgt ein Handlungsdefizit, und aus diesem wiederum entsteht ein Schutzdefizit zu Lasten der Gesundheit der Beschäftigten. Das muß sich

ändern. Deshalb fordern wir eine Verordnung zum Schutz vor psychischen Gefährdungen in der Arbeit.

In der Wirtschaftskrise dominierte die Angst um den Arbeitsplatz, jetzt wird in vielen Betrieben wieder unter Hochdruck produziert. Wie hat sich dieses Auf und Ab auf die Arbeitsbedingungen ausgewirkt?

Es sieht so aus, als seien beschäftigungspolitische Entspannung und arbeitspolitische Zuspitzung Hand in Hand gegangen. Alle verfügbaren Daten sprechen - leider - dafür, daß nach der Krise der Druck auf die Arbeitsbedingungen noch weiter angewachsen ist. Das bestätigen auch die Erfahrungen vieler Betriebsräte. Befragungen des WSI-Instituts beispielsweise haben gezeigt, daß in vielen Betrieben Leistungs- und Zeitdruck zugenommen haben und das Betriebsklima schlechter geworden ist. So gesehen ist es kein Wunder, daß auch die Zahl der psychischen Erkrankungen ein geradezu besorgniserregendes Ausmaß erreicht hat.

Wer bis zur Erschöpfung arbeitet, kann sich kaum gegen Mißstände in Betrieb und Gesellschaft zur Wehr setzen. Wie wichtig ist die Reduzierung des Arbeitsdrucks für die Gewerkschaften selbst?

Der Arbeit wieder ein gesundes Maß zu geben, wird zu einer ganz zentralen Herausforderung für die Gewerkschaften. Auch deshalb haben wir dies zum Schwerpunktthema des vorliegenden Jahrbuchs gemacht. Mit unserer IG-Metall-Initiative »Gute Arbeit« wollen wir betriebspolitische Unterstützung geben, um zunehmenden Leistungsdruck und ausufernde Arbeitszeiten zu begrenzen. Gleichzeitig verlangen wir von der Politik, die Regelungslücke bei psychischen Gefährdungen zu schließen und wirksame Prävention zu unterstützen.